



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

„Die neue Rolle der Zivilgesellschaft in der Forschungspolitik“

Keynote

**Abteilungsleiter Zukunftsvorsorge –
Forschung für Grundlagen und Nachhaltigkeit
Dr. Eugen Huthmacher**

**Anlässlich der Tagung der
Zivilgesellschaftlichen Plattform Forschungswende**

am 31. Mai 2013

in Berlin

Anrede

Forschung ist im Gespräch. Das zeigt die heutige Veranstaltung. Dies ist ein Zeichen dafür, dass die Bemühungen, Wissenschaft und Forschung mehr in der Mitte der Gesellschaft zu rücken, Fortschritte machen.

Es hat auch damit zu tun, dass unsere Gesellschaft einen Grad an Komplexität erreicht hat, der eine Lösung der großen Zukunftsaufgaben ohne Wissenschaft und Forschung undenkbar erscheinen lässt.

Vor diesem Hintergrund gibt es in unserem Land eine breite positive Grundstimmung für mehr Investitionen in Forschung und Entwicklung. Dieser Konsens hat zu hohen finanziellen Steigerungsraten für die Forschung geführt.

Geld allein löst aber noch keine Probleme. Die Debatte darüber, was und woran geforscht wird, ist deshalb stärker in den Focus gerückt. Inhalte sind gefragt. Das gilt auch für das BMBF. Wir verstehen uns längst nicht mehr alleine als Forschungsförderer im Sinne reiner Geldverteilung. Wir sind verantwortlich für den Dialog mit der Forschung und mit der Gesellschaft. Es geht darum die entscheidenden Fragestellungen zu definieren und darum Forschungsergebnisse mit zu gestalten und zu vermitteln.

Deutschland muss Antworten auf die großen Fragen unserer Zeit finden. Dadurch gestalten wir die Grundlagen für unsere gemeinsame Zukunft.

Wie können wir dem Klimawandel begegnen? Wie schaffen wir das Energiesystem der Zukunft? Wie können wir den demographischen Wandel gestalten, Mobilität bezahlbar und nachhaltig entwickeln, den Produktionsstandort Deutschland zukunftsfest machen und selbstbestimmend in der digitalen Welt agieren? Antworten darauf finden wir nur mit einem modernen Forschungs- und Innovationssystem, das exzellente Grundlagenforschung stärkt und anwendungsnahe Forschung und Technologieentwicklung mit gesellschaftspolitischen Ansätzen verknüpft.

II.

Antworten auf Zukunftsfragen findet Forschung nur, wenn sie sich nicht von der Gesellschaft abschottet. Das heißt gleichzeitig, dass sich die Gesellschaft nicht von der Forschung abkoppeln lassen darf. Hier leistet die sog. Zivilgesellschaftliche Plattform einen unverzichtbaren Beitrag. Sie wollen Forschungsinhalte mit definieren. Ich würde mich freuen, wenn wir diese Zusammenarbeit künftig vertiefen könnten.

Die Plattform fordert eine Forschungswende. Wenn ich es richtig interpretiere, ist damit gemeint, dass sich Forschung wieder stärker den Menschen und ihren Anliegen zuwenden soll. Dieser Anspruch richtet sich in besonderer Weise an die öffentlich geförderte Forschung, der man vorwirft, allzu wirtschaftslastig zu sein.

Richtig ist, dass gerade die anwendungsnahe Forschung eng an wirtschaftlich verwertbaren Innovationen orientiert ist. Meiner Meinung nach ist es aber falsch, die Schwerpunktsetzung für Technologieforschung zu kritisieren. Es muss uns vielmehr darum gehen, gerade die wirtschaftlich relevanten Themen auf Nachhaltigkeit hin auszurichten. Hier müssen wir der Transformationsforschung eine noch größere Priorität einräumen.

Das Leitbild eines nachhaltigen Wohlstandes für Deutschland werden wir nur mit der Wirtschaft und nicht in Abgrenzung zu ihr verwirklichen können. Deshalb liegt uns die Verknüpfung der Nachhaltigkeitsthemen mit der Förderung wirtschaftlicher Innovationen so am Herzen. Dafür brauchen wir die Geisteswissenschaften, aber eben auch die Zivilgesellschaft.

III.

Der Dialog mit der Zivilgesellschaft leistet einen essentiellen Beitrag bei der Konzeption unserer Forschungsprogramme. Wir haben den Dialog begonnen und wollen ihn vertiefen.

Es ist keine Frage: Im Wettstreit der Konzepte braucht die Forschung für die Nachhaltigkeit in Zukunft mehr denn je die aktive Unterstützung durch die

Zivilgesellschaft. Dadurch erst ist die Transformation zu einem zentralen Thema der Forschungsförderung geworden.

Konkret heißt das, wir wollen mit unseren Partner aus Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft frühzeitig Forschungsthemen und Programmen definieren. Mit diesen breit angelegten Agenda-Prozessen bringen wir die, Forschung wieder in die Mitte der Gesellschaft.

Mit dieser Offenheit werden wir unsere Wissenspotentiale für morgen nutzen. Konsequenterweise dürfen Forschungsprogramme nicht in kleinen Zirkeln, wohlmöglich hinter verschlossenen Türen oder ausschließlich mit der Forschungscommunity erarbeitet werden. Es geht darum, über die klassischen Wissenschaftsgrenzen hinaus, Bürgerwissen in die Forschung zu tragen. Und ich bin überzeugt: Nichts davon beeinträchtigt die Wissenschaftsfreiheit, eher im Gegenteil!.

Wenn wir einen Beitrag zur Lösung der gesellschaftlichen Herausforderungen leisten wollen, müssen Anwender, Konsumenten und Betroffene in den Forschungsprozess eingebunden werden. Das gilt nicht allein für die Definition der Forschungsprogramme. Es geht auch darum, dass die Forschungsergebnisse in Wirtschaft und Gesellschaft ankommen. Das versuchen wir zum einen durch mehr Transdisziplinarität, d.h. die stärkere Einbindung von Anwendern und Nutzern der Forschungsergebnisse in die Konzeption der Forschungsprojekte. Zum anderen erreichen wir im engen Dialog mit Wirtschaft und Gesellschaft einen besseren Transfer der Ergebnisse in die Praxis..

Mit diesen drei Ansätzen: Agenda-Prozesse, Transdisziplinarität und Transfer haben wir gute Erfolge erzielt. So haben wir etwa in der Sozialökologischen Forschung im vergangenen Jahr einen Agenda-Prozess organisiert, an dem rund 200 Wissenschaftler und Persönlichkeiten aus Nicht-Regierungsorganisationen und der Wirtschaft teilgenommen haben. Auf dieser Grundlage haben Wissenschaftler ein gemeinsames Memorandum erarbeitet, das inzwischen von über 1.000 Fachleuten unterzeichnet worden ist.

Für uns ist das die Grundlage der weiteren Forschungsförderung in der Sozialökologischen Forschung, die wir seit 2005 auf heute über 12 Mio. € pro Jahr gebracht haben. Ausgehend von dem eingangs Gesagten verknüpfen wir dies mit der Forderung nach einer stärkeren Verzahnung von technologischer Forschung und Gesellschafts- und Sozialwissenschaften. Vor allem über diese Verknüpfung gelingt es den Transformationsgedanken in die Technologieförderung zu implementieren. Das ist einfacher gesagt als getan, denn die Begeisterung gerade bei den Geistes- und Sozialwissenschaften, interessante Kombinationsprojekte zu entwickeln, hält sich in engen Grenzen.

Es sind aber gerade diese Schnittstellen an den Grenzen der Disziplinen und die Verknüpfung gesellschaftswissenschaftlicher und technologischer Forschung, an denen nachhaltige Innovationen entstehen. Hier werden Ideen geboren, die wir für die Transformation unserer Gesellschaft brauchen. Deswegen ist es im Übrigen auch so wichtig, dass wir in der Ausbildung einer neuen Generation von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern schon von Anfang an darauf achten, dass sich der inter- und transdisziplinäre Ansatz in der Forschung etabliert. Ich bin zuversichtlich: Nachhaltigkeit gewinnt als fakultätsübergreifendes Thema an vielen Hochschulen an Bedeutung.

Wir sind gut aufgestellt, um diesen Veränderungsprozess zu beschleunigen. Dafür stehen erhebliche Finanzmittel zur Verfügung. Wir haben unsere Forschungsförderung zur Nachhaltigkeit seit 2005 nahezu verdoppelt. Noch 2004, ein Jahr zuvor, hat das BMBF 220 Mio. € in die Nachhaltigkeitsforschung investiert. Dieses Jahr, 2013, werden es 450 Mio. € sein. Hinzu kommen heute jährlich über 430 Mio. € institutioneller Mittel für Projekte der Nachhaltigkeit mit Steigerungsraten von jährlich 5%. Wir sind also durchaus nah an der Nachhaltigkeits-Milliarde.

IV.

Wir haben gleichzeitig wichtige inhaltliche Schwerpunkte gesetzt. Sie sind begleitend neben die Fachthemen Klima, Ressourcen und Geoforschung, Meeres- und Polarforschung getreten. Wir konzentrieren uns bei unserer

Projektförderung auf drei große Querschnittsthemen: Zukunftsstadt, Energiewende und Green Economy. Was das bedeutet, will ich Ihnen gern kurz erläutern.

Wir haben jetzt die Macher in den Kommunen, Vertreter der Wirtschaft, der Politik und der organisierten Zivilgesellschaft - zusammen gerufen, um darauf aufbauend in der Nationalen Plattform Zukunftsstadt eine strategische Forschungsagenda vorzulegen und konkret in die Umsetzung zu führen. Die Pläne hierzu werden im Jahr 2015 vorliegen.

In drei Tagen erwarten wir die Ergebnisse eines nationalen Bürgerdialogs zur Stadtentwicklung, den wir im vergangenen Wissenschaftsjahr „Zukunftsprojekt Erde“ gestartet haben. In der „ZukunftsWerkStadt“ haben 15 ausgewählte Städte und Landkreise gemeinsam mit ihren Bürgerinnen und Bürgern ein kommunales Nachhaltigkeitsprojekt entwickelt und zur Umsetzungsreife gebracht. Sie werden diese am 3. Juni auf einer Konferenz in Leipzig vorstellen.

Das zweite Querschnittsthema ist die Energiewende. Hier haben wir vor wenigen Wochen das „Forschungsforum Energiewende“ neu ins Leben gerufen. Es geht darum Forschungsthemen zu definieren und gleichzeitig aktuelle Forschungsergebnisse in die Politik zu tragen. Da wir es für unabdingbar halten, dass die Forschung besser in den Energiewendeprozess integriert wird, haben wir mit den Deutschen Wissenschaftsakademien ein interdisziplinäres Projekt ins Leben gerufen, das im Wesentlichen zwei Ziele verfolgt: Zum einen wird eine Dialogplattform mit Vertretern aus allen gesellschaftlichen Gruppen, eine Forschungsagenda für die Energiewende konzipieren. Gleichzeitig wird ein permanenter und interdisziplinärer Beratungsprozess aus der Wissenschaft in den politischen Raum installiert. Dabei geht es nicht darum, dass die Wissenschaft der Politik Empfehlungen gibt, sondern aus ihrem Wissenshintergrund heraus Optionen bereitstellt, die Eingang in politische Entscheidungen finden können.

Parallel dazu haben wir ein Forschungsprogramm zur Gesellschafts- und umweltverträglichen Transformation des Energiesystems‘ aufgelegt. Über 80

Prozent der nun geförderten 32 Forschungsverbände mit rund 100 Einzelvorhaben beschäftigen sich mit der Bürgerbeteiligung.

Alle wissen, wir können die Energiewende für und nur mit den Bürgern gestalten und nicht gegen sie. Damit erreichen wir auch, dass Planfeststellungsverfahren für größere Infrastrukturprojekte vor Ort reibungsloser, schneller und gleichzeitig rechtssicher durchgeführt werden können. Wir untersuchen auch, welche Anreize für Verhaltensänderungen erfolgversprechend sind, um die Bevölkerung zu CO₂-armen Lebensstilen zu bewegen. Und es werden neue Rollen von Verbrauchergruppen (etwa als Investoren) und Energieversorgern (zum Beispiel als Manager dezentraler Energiesysteme) analysiert.

Der dritte Querschnittsbereich betrifft das Thema Green Economy. Gemeinsam mit dem Umweltministerium entwickeln wir Ideen für nachhaltiges Wirtschaften. Im September 2013 werden wir hierzu die Förderbekanntmachung „Nachhaltiges Wirtschaften“ veröffentlichen. Die Projekte sollen die Handlungsmacht von Unternehmen und Verbraucher(inne)n für nachhaltige Transformationen aufzeigen.

V.

Bei diesen Querschnittsthemen kooperieren wir mit anderen Ressorts der Bundesregierung. Gemeinsam entwickeln wir die Ergebnisse, welche die thematisch verantwortlichen Ressorts für ihr praktisches politisches Handeln brauchen. Auch dahinter verbirgt sich durchaus ein Paradigma Wechsel, denn Kooperationen zwischen Ressorts sind nicht sehr eingeübt. Über die Ressortgrenzen hinweg besteht in diesen Projekten Konsens, dass die Zivilgesellschaft bei der Problembeschreibung sowie der Formulierung der Forschungsfragen beteiligt ist. Sie ist zunehmend selbst ein relevanter Partner in Forschungsprojekten. Damit trägt sie auch eine eigene Verantwortung dafür, was die Realisierung der gemeinsam erarbeiteten Forschungsergebnisse betrifft.

VI.

Wir stehen bei vielen Fragen zur Beteiligung der Zivilgesellschaft noch am Anfang. In der programmorientierten Forschung sind wir am weitesten vangeschritten. Der institutionellen Forschungsförderung fehlen an vielen Stellen ausreichende Transparenz sowie Gremien, in den die Zivilgesellschaft vertreten ist. Wir werden diese Themen in den nächsten Monaten angehen.

Wichtig ist aber umgekehrt, dass die Selbstorganisation der Zivilgesellschaft in Sachen Forschung und Wissenschaft Fortschritte macht, damit wir auch die entsprechenden Ansprechpartner für den Dialog finden. Insofern begrüßen wir sehr die heutige Initiative.

Vielen Dank!